

## **Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Prag<sup>1</sup>**

### **7. April 1983**

Am 6. und 7. April 1983 fand in Prag eine ordentliche Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand statt.

[. . .]

Auf der Tagung fand ein Meinungs- und Informationsaustausch über die Entwicklung der Lage in Europa — im breiteren Zusammenhang mit der Lage in der Welt insgesamt — seit der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages statt. Es wurden Fragen erörtert, die mit der Verwirklichung der vom Politischen Beratenden Ausschuss unterbreiteten Vorschläge und Initiativen verbunden sind, um einen Kernwaffenkrieg zu verhindern, den Entspannungsprozeß fortzusetzen und zu festigen, die Probleme der Abrüstung zu lösen, die Sicherheit zu stärken und die Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent und in der ganzen Welt zu entwickeln.

#### **1.**

Während des Meinungs-austausches wurde hervorgehoben, daß die Entwicklung der Ereignisse die in der Prager Politischen Deklaration getroffenen Einschätzungen zur internationalen Lage vollauf bestätigt und den darin unterbreiteten Vorschlägen noch größere Aktualität verleiht. Diese Vorschläge sind in der Welt als realistische Alternative zu einer nuklearen Katastrophe, als Appell zu einer, breiten internationalen Zusammenarbeit für die Bewahrung des Lebens auf der Erde aufgenommen worden.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen die Bedeutung der auf der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses gezogenen Schlußfolgerung, daß die Verhinderung eines Krieges vor allem von der Zusammenarbeit, der Geschlossenheit und Zielstrebigkeit der Aktionen der Kräfte des Friedens abhängt, die heute stärker sind als die Kräfte des Krieges. Sie stellten fest, daß diese Aktionen weiter an Kraft gewinnen. Einen wichtigen Beitrag in dieser Hinsicht leistete die VII. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten in Delhi.

Zugleich wurde unterstrichen, daß die internatnionale Lage nach wie vor kompliziert und gespannt ist. Es vollzieht sich eine weitere Eskalation der imperialistischen Politik, vor

---

<sup>1</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, *Die Organisation des Warschauer Vertrages. Dokumente und Materialien, 1955-1985* (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1985), S. 288-93.

allem der des amerikanischen Imperialismus, einer Politik der Gewalt und Konfrontation, der Verletzung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten, der Festigung und Neuaufteilung der „Einflußsphären“, der Verschärfung alter und der Entfesselung neuer Konflikte. Ernste Folgen beschwört die fortgesetzte Hochrüstung herauf. Besondere Gefahren bringt ein neuer Zyklus des nuklearen Wettrüstens mit sich. Immer mehr verschärft sich die ökonomische Krise, die viele Länder erfaßt hat. Es vergrößert sich die Kluft im Niveau der ökonomischen Entwicklung der Länder, und es wachsen die Hindernisse auf dem Wege zu ihrer Überwindung.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten lenkten die Aufmerksamkeit auf die negativen Folgen, die von der Belebung revanchistischer Tendenzen in der BRD für das politische Klima, die Entspannung und Zusammenarbeit in Europa ausgehen. Es wurde unterstrichen, daß die unbedingte Achtung der territorialen und politischen Realitäten im heutigen Europa ein grundlegender Faktor des Friedens und der Sicherheit auf dem gesamten Kontinent ist.

Angesichts der bestehenden Lage betrachten es die auf der Tagung vertretenen Staaten als Pflicht aller Staaten, mit ganzer Kraft dazu beizutragen, der gegenwärtigen gefährvollen Entwicklung der Ereignisse Einhalt zu gebieten, sie in die Bahnen der Entspannung und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zurückzuführen, die dringenden Aufgaben der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen, vor allem der Kernwaffenrüstungen, zu lösen und die friedliche Regelung von Konfliktsituationen zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang betonten die Teilnehmer der Tagung, daß es von erstrangiger Bedeutung ist, zwischen den Staaten den politischen Dialog auf allen Ebenen über die aktuellsten europäischen und anderen internationalen Probleme aufrechtzuerhalten und auszubauen. Entsprechend dem Auftrag des Politischen Beratenden Ausschusses berieten sie über weitere Schritte, die darauf gerichtet sind, die in der Prager Politischen Deklaration enthaltenen Vorschläge und Initiativen weiter voranzubringen, sowie über praktische Maßnahmen in bezug auf Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten des Nordatlantikvertrages und anderen Staaten über die grundlegenden Probleme der Festigung des Friedens, der Abrüstung und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt.

## 2.

Besondere Aufmerksamkeit wurde auf der Tagung den Maßnahmen zur Verhinderung einer Eskalation des nuklearen Wettrüstens auf dem europäischen Kontinent gewidmet, das mit gefährlichen Folgen für die Lage in Europa verbunden ist und die Kriegsgefahr erhöht. Dieses Problem ist, um so aktueller und dringlicher, da in den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa nach wie vor keinerlei Fortschritte zu verzeichnen sind und zu gleicher Zeit die Vorbereitungen forciert werden, um die amerikanischen Mittelstreckenraketen bereits Ende dieses Jahres in Westeuropa zu stationieren.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekräftigten ihr Bestreben, Europa

vollständig von Kernwaffen mittlerer Reichweite wie auch von taktischen Kernwaffen zu räumen, und ihre Bereitschaft, zu einer solchen Lösung beizutragen. Sie sprechen sich entschieden dafür aus — als großen Schritt in dieser Richtung —, die Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und gleichen Sicherheit radikal zu reduzieren.

In diesem Zusammenhang erinnern sie an ihre in der Prager Politischen Deklaration unterbreiteten Vorschläge, insbesondere an die sowjetischen Vorschläge vom 21. Dezember 1982, und erwarten eine konstruktive Antwort, damit in den Verhandlungen in Genf positive Vereinbarungen erreicht werden können. Die Lösung der Frage der Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa muß dergestalt sein, daß sie die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen ausschließt und das militärisch-strategische Gleichgewicht auf immer niedrigerem Niveau gewährleistet.

### 3.

Die Minister berieten weitere Schritte zur Verwirklichung der in der Prager Politischen Deklaration unterbreiteten bedeutsamen gemeinsamen Initiative, zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den Mitgliedstaaten des Nordatlantikvertrages einen Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen, der allen anderen Staaten offensteht.

Sie unterstrichen, daß dieser Vorschlag in vielen Ländern der Welt — auf Regierungsebene wie in gesellschaftlichen und politischen Kreisen — große Beachtung gefunden hat. Das zeigten auch die Kontakte und Konsultationen ihrer Länder mit anderen Staaten.

Die Teilnehmer der Tagung haben zur Kenntnis genommen, daß die Mitgliedstaaten des nordatlantischen Bündnisses, an die der Vertragsvorschlag in erster Linie gerichtet ist, beabsichtigen, diesen Vorschlag zu prüfen. Sie brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß diese Staaten eine konstruktive Haltung zum Abschluß eines solchen Vertrages an den Tag legen werden.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten bekräftigen ihre Bereitschaft, die Prüfung ihres Vorschlages in jeder Weise zu unterstützen und den Meinungs austausch zu seinen verschiedenen Aspekten mit allen interessierten Ländern zu entwickeln. Das gilt insbesondere für solche Fragen wie Inhalt und Umfang eventueller vertraglicher Verpflichtungen, deren Verhältnis zu den sich aus der UN-Charta, der Schlußakte von Helsinki und aus anderen bilateralen und multilateralen Verträgen und Abkommen ergebenden Verpflichtungen sowie die Zusammenarbeit, um die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen zu gewährleisten.

Zu diesem Zweck erachten es die Teilnehmer der Tagung als nützlich und wünschenswert, die bilateralen Kontakte mit den Mitgliedstaaten des

Nordatlantikvertrages und mit anderen Ländern fortzusetzen, wobei sie auch die Möglichkeit in Betracht ziehen, die entsprechenden Fragen multilateral auf jener Ebene und in jenen Formen zu erörtern, die für alle annehmbar sind.

#### 4.

Auf der Tagung fand auch ein Meinungs austausch über Wege und Mittel zur Verwirklichung des in der Prager Politischen Deklaration enthaltenen Vorschlages statt, baldmöglichst direkte Verhandlungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den Mitgliedstaaten des Nordatlantikvertrages darüber aufzunehmen, die Rüstungsausgaben nicht zu erhöhen und sie in der Folgezeit prozentual oder absolut zu kürzen. Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich für eine entsprechende Vereinbarung aus.

Es wurde die Überzeugung bekräftigt, daß die Lösung dieser Frage effektiv dazu beitragen würde, das Wettrüsten zu beenden und zur Abrüstung überzugehen, wobei die frei werdenden Mittel für die soziale und ökonomische Entwicklung, darunter der Entwicklungsländer, verwendet werden könnten. Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen, daß es unter den Bedingungen der wachsenden internationalen Spannungen besonders wichtig ist, daß ihr Appell bei den Mitgliedstaaten der NATO ein positives Echo findet und daß die Verhandlungen darüber, die Rüstungsausgaben nicht zu erhöhen, sondern zu kürzen, ohne weiteren Aufschub begonnen werden.

#### 5.

Zu den Wiener Verhandlungen bekräftigten die Teilnehmer der Tagung den Standpunkt ihrer Staaten, daß es notwendig ist, effektive Maßnahmen zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa zu ergreifen. Sie bekundeten erneut ihre Bereitschaft, entsprechend der in der Prager Politischen Deklaration gestellten Aufgabe baldmöglichst darüber eine Vereinbarung zu erreichen.

Sie erinnerten an die Vorschläge ihrer Länder zur wesentlichen Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in dieser Region, darunter an den Vorschlag der sozialistischen Länder, die direkte Teilnehmer der Verhandlungen sind, vom 17. Februar 1983. Dieser Vorschlag beruht auf dem neuen Herangehen, daß die fehlende Übereinstimmung in bezug auf die gegenwärtige zahlenmäßige Stärke der Truppen der Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages und der NATO in Mitteleuropa kein Hindernis für eine Vereinbarung über eine solche Reduzierung sein sollte.

Auf der Tagung wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß diese Anstrengungen den Weg zu einer realen Minderung der militärischen Spannungen auf dem Kontinent ebnen werden und daß es durch das aktive Zusammenwirken aller Verhandlungsteilnehmer möglich sein wird, in nächster Zeit einen Erfolg in diesen Verhandlungen zu erreichen.

**6.**

Die Teilnehmer der Tagung stellten fest, daß die in der Prager Politischen Deklaration unterbreitete Initiative, Europa von chemischen Waffen zu räumen, in vielen europäischen Ländern Interesse und Widerhall gefunden hat. Ihre Staaten vertreten wie bisher die Ansicht, daß die radikale Lösung des Problems der Verhinderung eines chemischen Krieges das Verbot und die Vernichtung der chemischen Waffen im Weltmaßstab wäre. Darüber werden im Genfer Abrüstungsausschuß Verhandlungen geführt. Zugleich wäre es nützlich, parallel dazu Schritte zu unternehmen, die auf dem europäischen Kontinent zu demselben Ziel führen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind bereit, mit anderen interessierten Staaten sachliche Kontakte aufzunehmen, um gemeinsam praktische Fragen mit dem Ziel zu erörtern, Europa von chemischen Waffen zu räumen. Das gilt insbesondere für solche Fragen wie Umfang und Reihenfolge der entsprechenden Maßnahmen, Inhalt der Verpflichtungen und Kontrolle ihrer Einhaltung.

**7.**

Die Teilnehmer der Tagung sind der Meinung, daß die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Regionen des europäischen Kontinents, darunter in Nordeuropa und auf dem Balkan, ein wirksamer Faktor wäre, um die nukleare Gefahr auf diesem Kontinent zu bannen. In diese Richtung zielt auch der Vorschlag, in jener Region Europas, in der die Konzentration von Streitkräften und Rüstungen besonders hoch ist, eine von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freie Zone zu schaffen. Die Teilnehmer der Tagung hoben das wachsende Interesse der europäischen Völker für die Vorschläge zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen hervor und sprachen sich für entsprechende Verhandlungen zwischen den interessierten Seiten aus.

**8.**

Während der Diskussion über den Stand des Madrider Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterstrichen die Minister besonders die Notwendigkeit, in der gegenwärtigen, entscheidenden Phase des Treffens alle Anstrengungen darauf zu konzentrieren, schnellstmöglich zur Vereinbarung eines substantiellen und ausgewogenen Abschlußdokuments zu gelangen. In bezug auf den konkreten Inhalt eines solchen Dokuments wurde betont, daß die auf der Tagung vertretenen Staaten auch künftig von ihrer in der Prager Politischen Deklaration dargelegten konstruktiven Position ausgehen werden.

Die Teilnehmer der Tagung brachten die Meinung zum Ausdruck, daß jetzt die Möglichkeit besteht, die Arbeit zur Vereinbarung des Abschlußdokuments des Madrider Treffens, einschließlich der Frage der Einberufung einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, abzuschließen. In diesem

Zusammenhang führten sie einen Meinungsaustausch zu dem neuen Entwurf des Abschlußdokuments, der von den neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten am 15. März 1983 unterbreitet wurde.

Sie bekräftigten den Standpunkt ihrer Länder zugunsten der Durchführung des nächsten Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz in Bukarest.

Im Falle des erfolgreichen Abschlusses der Arbeiten zur Vereinbarung des Abschlußdokuments des Madrider Treffens wären die auf der Tagung vertretenen Staaten bereit, den Vorschlag einiger Teilnehmer des Treffens positiv zu prüfen, dieses Dokument auf der Ebene der Außenminister anzunehmen.

Es wurde die feste Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß in Europa nach wie vor alle notwendigen Voraussetzungen bestehen, damit die Staaten und Völker dieses Kontinents unter Bedingungen des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit leben können. Das hängt in erster Linie von den Anstrengungen der europäischen Staaten selbst ab.

\* \* \*

Die Tagung verlief in einer Atmosphäre des völligen gegenseitigen Einvernehmens und des gemeinsamen Bestrebens der auf der Tagung vertretenen Staaten, ihre Bemühungen im Kampf für Frieden und Entspannung in Europa und in der ganzen Welt weiter, zu verstärken. Sie werden ihrerseits wie stets bereit sein, die auf diese Ziele gerichteten Vorschläge der anderen Staaten konstruktiv zu prüfen.

Die nächste ordentliche Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages findet im Oktober 1983 in Sofia statt.

*[Source: Official publication of the German Democratic Republic]*